

# Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Mittags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.  
Bezugspreis: Monatlich 2000 Mark. Einzelne Nummern 80 Mark.  
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21395 — Schriftleitung Nr. 14574.  
Postfachkonto Dresden Nr. 2496.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Anzeigenblatt 300 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teils 600 M., unter Eingangsfrist 800 M. Ermäßigung auf Familien- u. Geschäftsanzeigen.  
Schluss der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landeskulturkassenbank, Jahresbericht und Rechnungsabschluss der Landes-Versicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzplätzen auf den Staatsforstrevieren.  
Verantwortlich für die Redaktion: Hauptgeschäftsführer Bernhard Jolles in Dresden.

Nr. 43

Dienstag, 20. Februar

1923

## Bonar Law gegen eine Intervention des Völkerbundes.

### „Frankreich vor dem Untergang“ Unterhandlungsüber den liberalen Antrag.

London, 19. Februar.  
Heute nachmittags begannen im vollbesetzten Unterhaus die Aussprachen über den gemeinsamen liberalen Abänderungsantrag zur Antwort auf die Thronrede, worin gefordert wird, daß bezüglich der Operationen im Ruhrgebiet der Völkerbundrat ersucht werden solle, unverzüglich eine Kommission von Sachverständigen zu ernennen, um Bericht zu erstatten über die Fähigkeit Deutschlands, Reparationen zu zahlen, sowie über die beste Art, solche Zahlungen zu verwirklichen. Nur fordert der Antrag, daß der britische Vertreter im Völkerbunde beauftragt werden solle, darauf zu dringen, daß eine Einladung an die amerikanische Regierung ergeht, Sachverständige für diese Kommission zu ernennen. Das national-liberale Parlamentsmitglied, der frühere Unterrichtsminister Fisher, brachte den Antrag ein. Er gab der Überzeugung Ausdruck, daß die Mehrheit des Hauses und der Nation der Ansicht sei, daß die Regierung den Franzosen bei der Befreiung des Ruhrgebietes nicht assistieren solle. Er hoffe, daß die Franzosen durch die wenigen Organe der öffentlichen Meinung in England, die das Unternehmen unterstützen, nicht zum Handeln verleitet werden, daß die französische Politik die Unterstützung Englands habe. Die Absichten des Hauses und des Landes seien in den letzten Wochen von Lloyd George und Bonar Law richtig zum Ausdruck gebracht worden.

Lloyd George betonte, daß lediglich die Freundschaft für Frankreich ihn und seine Freunde veranlasse, die Regierung zu bitten, Schritte zu unternehmen, die Frankreich vor dem Untergang retten können. „Eine Katastrophe“, sagte er, „muß früher oder später eintreten, und je später sie kommt, desto schlimmer wird sie sein. Ich bin überzeugt, daß die französische Regierung durch ihre Politik Tag für Tag und Woche für Woche die Katastrophe unabwendbar entgegenzieht. Es ist nach allem, was geschehen ist, schwer anzunehmen, daß lediglich der Wunsch nach Wiedergutmachung die französische Haltung bestimmt. Die Reparationsfrage muß geteilt werden. Ich glaube an die Gerechtigkeit dieser Wiedergutmachung, aber das französische Volk hat die Regelung, die wir vor einigen Monaten vorgeschlagen haben, nicht gebilligt.“

Lord Robert Cecil führte aus: „Ich bin von Anfang an ein Freund Frankreichs gewesen, jetzt bereits zu einer Zeit, als die Politik Frankreichs und Englands sich gegenüberstanden, aber Freundschaft zu Frankreich bedeutet keineswegs, daß man jeden Schritt der französischen Politik mitmachen muß, besonders nicht, wenn dadurch der Weltfrieden gefährdet wird.“

London, 20. Februar.

In seiner gestrigen Rede im Unterhaus sagte Lloyd George noch: Er bitte den Premierminister dringend, einen weiteren freundschaftlichen Schritt zu tun, um Frankreich aus der Verwirrung zu lösen, bevor es zu spät sei. Die britische Regierung sollte jetzt eine Aktion unternehmen. Lloyd George habe im August 1922 vorgeschlagen, die ganze Angelegenheit an den Völkerbund zu verweisen. Aber Poincaré habe sich geweigert, irgend eine aus dem Völkerbund resultierende Entscheidung zu überlegen. Er habe die Angelegenheit an den Völkerbund zu übertragen. Das sei ein höchst verantwortlicher, abstrakter und unhaltbarer Zustand, da doch auch der Streit zwischen Polen und Deutschland, der auch den Völkerbund betrafte, dem Völkerbunde mit Zustimmung Frankreichs übertragen worden sei. Außerdem sei die Behauptung, daß der Vertrag, der ganz Europa neu verteilt habe und von dessen Güterwert abhängen, im Verhältnis des Völkerbundes

entzogen werden müsse, eine lächerliche Behauptung, welche die Regierung nicht annehmen sollte. Amerika habe die moralische Verpflichtung, zur Sicherung der Lösung mitanzuhelfen. Es sei notwendig, im Verkehr mit Deutschland einen neuen Ton und eine neue Einstellung anzunehmen.

Denbyson kündigte an, daß die Arbeiterpartei den Abänderungsantrag unterstützen werde, und erklärte, die Arbeiterpartei sei weder deutsch- noch französischfeindlich. Aber es sei im eigenen Interesse Frankreichs notwendig, daß Schritte getan würden, um die Reparationsfrage vom Felde der Gewalt und Sanktionen in Verhandlungsgänge zu verlegen.

Die Debatte wurde dann von Neumann zum zweiten Male fortgesetzt. Bonar Law, der als einziger Minister das Wort ergriß, führte u. a. aus: Die Regierung glaube nicht, daß es den englischen Interessen oder den Interessen der Welt zum Nutzen gereiche, wenn sie gegen Frankreich eine antagonistische Haltung einnehme. Die wesentlichste Frage sei, ob irgendeine Intervention zweckmäßig sein würde oder nicht. Angesichts der Feindschaft Frankreichs und der wahrscheinlichsten Feindschaft Belgiens und Italiens gegenüber dem Völkerbunde einer Intervention des Völkerbundes würde ein solcher Vorschlag den Nulla des Völkerbundes bedeuten. Bonar Law schloß, er wolle noch einmal wiederholen, daß die Regierung zur Einigung gelangt sei, daß es im Interesse der Welt liegen würde, die englischen Truppen so lange wie möglich in Deutschland zu belassen.

Die „Times“ berichtet zur gestrigen Unterhandlungsüber den liberalen Abänderungsantrag: Die unerwartet große Regierungsmehrheit von 109 Stimmen sei zum Teil auf die Tatsache zurückzuführen, daß sich etwa 20 Mitglieder der Arbeiterpartei der Abstimmung enthielten.

Lord „Daily Express“ kinnnt Chamberlain, Horne und Pollard für die Regierung. „Daily News“ zufolge: von unionistischer Seite, daß die Rückkehr sowohl Chamberlains wie auch Horne auf die Ministerbank bevorstehe, da die Regierung im Augenblick die Unterstützung der vorzeitigen Minister sehr brauche. Für Lord Robert Cecil werde die Überzeugung eines Regierungsdames allgemein vorausgesehen.

### Poincaré findet wieder Beifall.

Paris, 19. Februar.

Der Ministerpräsident Poincaré hat heute nachmittags der Kammerkommission für auswärtige Angelegenheiten die gemeinsame Erklärung über die äußere Politik Frankreichs gegeben. Poincaré sprach über die Konferenz von Lausanne und die Beziehungen Deutschlands, die in Ausführung des Versailler Vertrages die Befreiung des Ruhrgebietes veranlassen hätten. Er sprach über die Ausführung des von Belgien und Frankreich ausgearbeiteten Programms, namentlich über den Verkehr der Eisenbahnen und über die Abschließung der neutralen Zone, um die Ausfuhr von Kohle, Holz, metallurgischen und anderen Erzeugnissen zu verhindern. Er gab Kenntnis vom Widerstande, der durch die deutsche Regierung veranlaßt sei, und von den Sanktionen, die gegen diejenigen Beamten ergriffen würden oder vorgezogen seien, welche die öffentlichen Dienste schmähten. Ferner erläuterte er die Maßnahmen, durch die das normale Leben im besetzten Gebiete sichergestellt werden solle. Nach 3/4stündiger Auseinandersetzung unterbrach Poincaré seine Rede über das Ruhrgebiet und schlug dem Ausschusse vor, es in der nächsten Woche in einer neuen Sitzung fortsetzen zu lassen. Dieser Vorschlag wurde einstimmig angenommen.

Der Vorsitzende, M. Lippmann, dankte dem Ministerpräsidenten für die umfassenden Erklärungen, die es nunmehr dem Ausschusse ge-

statten, sich Beschäftigung abzugeben von der auswärtigen Politik der Regierung und von der klugen und festen Methode, die sie angewandt habe, um die französischen Interessen zu schützen.

### Der „Erfolg“ für Belgien.

Brüssel, 19. Februar.

Das Brüsseler Organ der sozialdemokratischen Partei, der „Peuple“, zieht in seiner Sonntagsnummer die Bilanz der ersten fünf Wochen der Ruhrbefreiung für Belgien: Ein allgemeines Steigen der Preise für die notwendigen Artikel, das sich zwischen 10 und 20 Proz. bewegt. Statt monatlich 140 000 t Kohle umsonst zu bekommen, haben wir 35 000 t erhalten, die wir bezahlen müssen. Die Häutenindustrie haben keinen Holz mehr und drohen, die Hühner abzumähen. Die Arbeit in den Kalkbrennereien ist schon um 75 Proz. eingeschränkt; temerär werden die Betriebe ganz stillgelegt. Im Hafen von Antwerpen, wo es im Durchschnitt 900 Arbeitslose gab, werden jetzt täglich 2200 bis 2700 zählt. Die Delegierten des Industriellen Zentralausschusses haben den Ministerpräsidenten gebeten, das Gesetz über den Arbeitsdienst in den Belgischen Provinzen aufzuheben. Eine der belgischen Finanzzeitschriften, der „Moniteur des Interests Matériels“, stellt fest, daß der belgische Kohlenmarkt infolge der Vorkänge an der Ruhr in Aufregung ist, da die Lieferung belgischer Brennmaterialien tatsächlich bis jetzt sehr gering sei. Ein Zug mit Holz soll, meint es, an der belgischen Grenze angekommen zu sein; ebenso seien verschiedene Anlieferungen für die nächsten Tage erwartet worden. Der „Erfolg“ stellt das belgische Unternehmervolk nach fünf Wochen Ruhrbefreiung fest.

### Hermès über den Ruhereinfall.

Berlin, 19. Februar.

Der Reichsfinanzminister Hermès hat dem Vertreter des „Corriere d'Italia“ in Berlin folgende Erklärungen über die durch den Ruhereinfall geschaffene Lage gegeben:

„Ich habe in den letzten Monaten wiederholt gesagt, daß es für uns sehr schwer sei, in der nächsten Zukunft unseren Verpflichtungen nachzukommen, nicht, weil das deutsche Volk nicht arbeitet oder nicht spart, sondern weil unsere Verpflichtungen weit über das Maß unserer Leistungsfähigkeit hinausgehen.“

„Ich bin stets für eine vernünftige wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Frankreich eingetreten in der Überzeugung, damit den Interessen meines Landes zu dienen und den Weg für eine friedliche Verständigung offen zu halten.“

„Ich habe die gleiche Linie eingeschlagen in den Verhandlungen mit dem Garantienkomitee und der Reparationskommission. Diese Verhandlungen haben sich immer in korrekten Formen abgepielt, und in allen Hinsichten der Wunsch vor, zu einer praktischen wirtschaftlichen Lösung zu kommen.“

„Wir haben immer erklärt: Wir haben den Krieg verloren, und wir müssen bezahlen, aber man kann nicht verlangen, daß Deutschland so viel bezahlt, daß es daran stirbt.“

„Wir haben niemals unsere Ansicht über den Grad unserer Leistungsfähigkeit jemand aufzwingen wollen. Wir haben erklärt: Wir sind bereit, diese Frage einem unparteiischen Urteil von Sachverständigen zu unterbreiten. Darauf haben die Franzosen immer Nein gesagt. Poincaré war der Ansicht, wenn es sich um französische Interessen handle, sei es auch nur um finanzielle, dann könne man nicht Urteile von Bankiers oder anderen anhören; so ist man niemals zu einem entgegengesetzten Urteil gelangt.“

Der Gouverneur der Bank von England, Mac Kenzie und Ferns haben gesprochen und haben bestätigt, daß es unmöglich sei, zu positiven Er-

gebnissen mit den bisherigen Methoden zu gelangen.

Poincaré aber will nach der Überzeugung des deutschen Volkes keine wirtschaftliche Lösung. Poincaré will eine politische Lösung. Diese Überzeugung hat sich immer mehr in deutschen Kreisen befestigt.

Die Franzosen wollen die Verwaltung des Ruhrgebietes organisieren. Ich fürchte, daß sie mit ihren rohen Eingriffen unermesslichen Schaden in dem komplizierten Industriezentrum anrichten werden, dessen Entmachtung angelegentlich Arbeit erfordert.

Vom wirtschaftlichen und finanziellen Gesichtspunkt aus ist der militärische Einbruch ins Ruhrgebiet ein Unfug. Die Franzosen laden sich neue gewaltige finanzielle Lasten auf, und verursachen sie die ohnehin schon nur mit Mühe aufrecht erhaltene Wirtschaft, und vor allem die Finanzen. Die unheimlichen Massen ausweisungen von Finanzbeamten drohen unsere Finanzverwaltung im Westen zum Zusammenbruch zu bringen. Die Steuererhebung in den wirtschaftlich bedeutungsvollsten Provinzen droht zum Stillstand zu kommen, und das in einem Moment, wo die großen neuen Beschäftigten, die Vermögenseigner und Zwangsanleiher veranlagt werden sollen. Unsere gesamte Schuld hat sich seit dem Einfall der Franzosen fast um eine Million vermehrt. Wir haben bei dem enormen Preisrückgang, trotz des gesteigerten Rotenmunds, Mühe, die besetzten Gebiete genügend mit Zahlungsmitteln zu versehen. Die gewaltsamen Besetzungen der Reichsbankkassen durch die Franzosen müssen, wenn sie fortgesetzt werden, zu unhaltbaren Folgen führen.

Ich habe bei meiner Fahrt durch das Ruhrgebiet in allen Schichten der Bevölkerung volle Einigkeit gefunden, und die herrscht auch durchaus im Kabinett. Wir sind uns über den Ernst der Situation nicht im mindesten und unterschätzen die Schwierigkeiten unserer Lage nicht. Unsere Städte beruht in unserem Recht und in unser aller Willen, den moralischen Widerstand ruhig und besonnen, aber bis zum letzten durchzuführen.“

### Deutscher Protest gegen die Massenweisungen.

Berlin, 19. Februar.

Die deutschen Vertretungen in Paris, London und Brüssel sind angewiesen, den dortigen Regierungen auf Anlaß der Ausweisung des Oberpräsidenten Fuchs folgende Note zu übergeben:

Die internationalisierte Rheinlands-Kommission ist in ihren von der deutschen Regierung schon wiederholt charakterisierten rechtlichen und vertraglichen Grundlagen gegen die deutsche Vertretung und gegen die deutschen Beamten soweit gegangen, auch den obersten Beamten der preussischen Rheinprovinz, den Oberpräsidenten Fuchs, nebst seiner Familie aus dem besetzten Gebiete auszuweisen.

Oberpräsident Fuchs wird getrennt von dem restlichen Betraum seiner Heimatprovinz, wo er und seine Familie fest verwurzelt sind. Um so größer ist die Enttäuschung der gesamten Bevölkerung des besetzten Gebietes über das ihm widerfahrenene Unrecht. Schon während seiner Tätigkeit als Regierungspräsident in Trier hatte Herr Fuchs durch die Tat bewiesen, daß er gewillt war, mit dem Versajungsabkommen im Rahmen des Rheinlandsabkommens loyal zusammenzuarbeiten. Mit dieser Absetzung hat er auch jetzt seinen Posten angezweifelt. Wenn er es im weiteren Verlaufe der Dinge ablehnte, sich solchen Anordnungen der internationalisierten Rheinlands-Kommission zu unterwerfen, die sich nicht auf das Rheinlandsabkommen stützen, so war das Recht und seine Pflicht als preussischer Beamter und als Deutscher. Die deutsche Regierung erhebt gegen die Ausweisung des Oberpräsidenten nachdrücklich Protest.

Ferner stellt sich die deutsche Regierung bei jeder Gelegenheit zur Verfügung, erneut und allgemein auf die Massenweisungen aus dem besetzten Gebiet zurückzukommen, die von der internationalisierten Rheinlands-Kommission